

## **Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuss

Entwurf des Haushaltsgesetzes 2000



**Einzelplan 03 - Innenministerium**

- Drucksache 12/4200

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

**Ausschusses für Innere Verwaltung**

**Berichterstatter**     Abgeordneter Roland Appel BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Beschlussempfehlung**

Der Entwurf des Einzelplans 03 - Innenministerium - wird mit den aus dem Bericht ersichtlichen Änderungen angenommen.

## Bericht

### A Allgemeines

Der Ausschuss für Innere Verwaltung hat den Entwurf des Einzelplans 03 und den Erläuterungsband Vorlage 12/2854 in der Sitzung am 23. September 1999 zur Kenntnis genommen; Zusatzfragen ergaben sich nicht. In der Sitzung am 18. November 1999 wurde über die von den Fraktionen eingebrachten Änderungsanträge und den Einzelplan 03 abgestimmt. Als Beratungsunterlagen dienten dem Ausschuss neben der o.g. Drucksache und dem Erläuterungsband die

- Vorlage 12/3103 Vorlage der Berichterstatter zum Einzelplan 03 an den Haushalts- und Finanzausschuss
- Zuschrift 12/3140 Schreiben der Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
- Zuschrift 12/3187 Schreiben der Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
- Zuschrift 12/3200 Schreiben der Deutschen Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund - Landesverband Nordrhein-Westfalen
- Zuschrift 12/3232 Schreiben der Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
- Zuschrift 12/3302 Schreiben des Flüchtlingsrats Nordrhein-Westfalen - FöV Verein zur Förderung der Flüchtlingsarbeit in NRW e.V.
- Zuschrift 12/3303 Schreiben des Flüchtlingsrats Mönchengladbach e.V.
- Zuschrift 12/3305 Schreiben des Internationalen Vereins für Menschenrechte der Kurden - IMK e.V.
- Zuschrift 12/3308 Schreiben des Bielefelder Flüchtlingsrats
- Zuschrift 12/3309 Schreiben des Amtes für Diakonie des Evangelischen Stadtkirchenverbandes Köln
- Zuschrift 12/3315 Schreiben des Caritasverbandes Geldern - Kavelaer e.V.
- Zuschrift 12/3350 Schreiben des Bundes Deutscher Kriminalbeamter Nordrhein-Westfalen
- Zuschrift 12/3365 Schreiben der Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
- Zuschrift 12/3367 Gemeinsame Stellungnahme von DAG und ÖTV zum Entwurf des Personalhaushalts 2000
- Zuschrift 12/3390 der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege
- Zuschrift 12/3422 des Kirchenkreisverbandes Düsseldorf - Evangelisches Flüchtlingsreferat

## B Ergebnis der Einzelberatung

Hinsichtlich der Begründung und des Abstimmungsergebnisses zu den von den Fraktionen vorgelegten Änderungsanträgen wird auf die in der *Anlage* enthaltenen schriftlichen Darstellungen verwiesen.

Der Sprecher kritisierte in der Abstimmungssitzung, dass die Koalitionsfraktionen entgegen dem Überweisungsbeschluss des Landtags auch Anträge (03/04 und 03/07) zum Personaletat vorgelegt haben. Auch seine Fraktion habe hierzu Änderungsanträge, die jedoch unmittelbar dem Unterausschuss Personal zugeleitet würden.

### I. Personaltitel

- a) **Kapitel 03 630 Landesbeauftragte für den Datenschutz**  
**Titel 427 10 - neu - Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige**

Die CDU lehnte den Antrag ab in Sorge einer Entwicklung zur Verselbständigung der Landesbeauftragten für den Datenschutz.

- b) **Kapitel 03 750 Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen Münster**

Trotz der o.g. Bedenken gegen die Beratung von Personaltiteln im Fachausschuss stimmte die CDU-Fraktion dem Antrag zu und schloss sich damit der Begründung der Antragsteller inhaltlich an.

### II. Sachtitel

- a) **Kapitel 03 010 Ministerium**  
**Titel 531 30 Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentationen**

Die Koalitionsfraktionen vermochten dem Antrag der CDU-Fraktion auf Streichung der Mittel nicht zu folgen, da dieser neue Ansatz im Zusammenhang mit Veröffentlichungen (Schriftenreihe, CD-Rom, Intranet und Internet, Präsentationen, Symposien, Workshops pp.) zur Verwaltungsreform geplant ist. Gedächt ist vor allem an die kontinuierliche Information der von der Verwaltungsreform betroffenen Beschäftigten des ganzen Landes, ohne deren Einbeziehung die Verwaltungsmodernisierung nicht denkbar ist.

- b) **Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge**

Die Anträge der Koalitionsfraktionen 03/01 und 03/02 zu den Titeln 643 12 sowie 684 00 wurden einstimmig angenommen.

c) **Kapitel 03 110      Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes  
Nordrhein-Westfalen**

**Titel 536 20            Waffenwesen, sonstiges technisches Einsatzgerät**

Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten den gekürzten Ansatz in Übereinstimmung mit dem Innenministerium für ausreichend, während die CDU-Fraktion diese Auffassung nicht teilt und den Antrag ablehnte.

**Titel 536 40            Verkehrserziehung, kriminalpolitische Beratung und Prävention**

Die Erklärung des Sprechers von BÜNNIS 90/DIE GRÜNEN, dass mit der Zweckbindung in den Erläuterungen zu diesem Titel die bisherige Arbeit auch positiv bewertet würde, reichte der Oppositionsfraktion nicht aus; sie lehnte den Antrag daher ab.

d) **Kapitel 03 610      Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik  
Nordrhein-Westfalen Düsseldorf**

**Titel 538 00            Ausgaben für Datenverarbeitung durch Dritte**

Die Antragsteller (Antrag 03/06) betonten, man habe sich rückversichert, dass die Aufgabenerledigung durch die hier vorzunehmende Kürzung der Mittel nicht gefährdet werde. Sie stünde auch im Zusammenhang mit den durch die Verwaltungsreform zu erwartenden Veränderungen. Die CDU-Fraktion ist nicht von einem Erfolg der Reform überzeugt und lehnte den Antrag daher ab.

**C      Ergebnis**

Der Entwurf des Einzelplans 03 wurde mit den beschlossenen Änderungen in der Sitzung am 18. November 1999 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Klaus Stallmann  
Vorsitzender

Anlage

**Änderungsanträge der Fraktionen  
im Ausschuss für Innere Verwaltung**

zum Einzelplan 03

Anlage zur Vorlage 12/3207

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
03/04	SPD/Bündnis 90/Die Grü- nen	<p><b>Kapitel 03 630</b> Landesbeauftragte für den Datenschutz</p> <p><b>427 10 - neu -</b> Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberuflich Tätige</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 0 DM um 350.000 DM auf 350.000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die Landesbeauftragte für den Datenschutz benötigt aufgrund der rasanten Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunika- tionstechnologien und den sich daraus ergebenden immer schwieriger werdenden datenschutzrechtlichen Fragen, Aushilfskräfte.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja</p>

Änderungsanträge der Fraktionen  
im Ausschuss für Innere Verwaltung

zum Einzelplan 03

Anlage zur Vorlage 12/3207

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
03/07	SPD/Bündnis 90/Die Grü- nen	<p><b>Kapitel 03 750 - Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen Münster</b></p> <p>Der Haushaltsvermerk zu den Personalausgaben wird wie folgt ergänzt (Ergänzung unterstrichen):</p> <p><b>Personalausgaben:</b> "7 (7) Stellen des gehobenen Dienstes sind unter dem Vorbehalt der Ergebnisse einer späteren Organisationsuntersuchung <u>kw ab 01.01.2001.</u>"</p> <p><b>Begründung:</b> Das Ergebnis der in Auftrag gegebenen Organisationsuntersuchung wird erst im Laufe des Haushaltsjahres 2000 zu erwarten sein. Die Ergänzung stellt klar, dass derzeit freie Stellen für eine Übergangszeit bis zum 31.12.2000 wiederbesetzt werden können und etwaige kw-Vermerke erst ab 2001 zu realisieren sind.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen  
im Ausschuss für Innere Verwaltung**

zum Einzelplan 03

Anlage zur Vorlage 12/3207

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p>Kapitel 03 010 - Ministerium</p> <p>Titel 531 30 013 - Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation</p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <p style="margin-left: 40px;">von 800 000 DM</p> <p style="margin-left: 40px;">um 800.000 DM</p> <p style="margin-left: 40px;">auf 0 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Der bislang vorgesehene Haushaltsansatz ist insbesondere angesichts des Umfangs der in der parlamentarischen Beratung befindlichen Verwaltungsreform völlig überzeichnet. Insbesondere mit Blick auf die gegebenen Sparzwänge im Landeshaushalt wäre jede Öffentlichkeitsarbeit diesbezüglich, die nicht mit den allgemein zur Verfügung stehenden Mitteln bewältigt werden kann, fehl am Platz.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD           nein</p> <p>CDU           ja</p> <p>GRÜNE       nein</p>

Änderungsanträge der Fraktionen  
im Ausschuss für Innere Verwaltung

zum Einzelplan 03

Anlage zur Vorlage 12/3207

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
03/01	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	<p>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 643 12 Förderung des Vereins zur Förderung der Flüchtlingsarbeit in Nordrhein - Westfalen e. V. (Trägerverein des Flüchtlingsrates NRW) - S. 66</p> <p>Erhöhung des Baransatzes von 400.000 DM um 100 000 DM auf 500.000 DM</p> <p>Begründung: Die Anhebung ist notwendig, damit der Flüchtlingsrat seinem Konzept entsprechend arbeiten kann.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen  
im Ausschuss für Innere Verwaltung**

**zum Einzelplan 03**

Anlage zur Vorlage 12/3207

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
03/02	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	<p><b>Kapitel 03 030</b> Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p><b>Titel 684 00</b> Soziale Betreuung und Beratung von Flüchtlingen - S. 68</p> <p>Heraufsetzung der Summe des Ansatzes  von 3 480 000 DM  um 870 000 DM  auf 4 350 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Die Tätigkeit der Beratungs- und Betreuungsstellen liegt im Landesinteresse. Mit den Haushaltsmitteln 1999 konnten landesweit 79 Planstellen gefördert werden. Mit der Reduzierung der Mittel im Jahre 2000 wäre eine Flüchtlingsberatung in der bisherigen Form nicht mehr möglich. Zur Wahrung der Kontinuität der Arbeit der Organisation (und der Planstellen) ist es notwendig, entsprechende Fördermittel auch im Haushaltsjahr 2000 zur Verfügung zu stellen.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>GRÜNE ja</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen  
im Ausschuss für Innere Verwaltung**

**zum Einzelplan 03**

Anlage zur Vorlage 12/3207

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
03/05	SPD/Bündnis 90/Die Grü- nen	<p>Kapitel 03 110      Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein - Westfalen</p> <p>Titel 536 20      Waffenwesen, sonstiges technisches Einsatzgerät - S.136</p> <p>Senkung des Baransatzes</p> <p>von    4.204.200 DM um     200.000 DM auf    4.004.200 DM</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD            ja CDU            nein GRÜNE        ja</p>

Änderungsanträge der Fraktionen  
im Ausschuss für Innere Verwaltung

zum Einzelplan 03

Anlage zur Vorlage 12/3207

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
03/03	SPD/Bündnis 90/Die Grü- nen	<p>Kapitel 03 110 Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen</p> <p><b>Titel 536 40 Verkehrserziehung, kriminalpolitische Beratung und Prävention - S. 136</b></p> <p>Der Titel wird wie folgt neu gefasst: Verkehrserziehung, kriminalpolizeiliche Beratung und Prävention antischwuler und antilesbischer Gewalt</p> <p>Die Erläuterung wird wie folgt ergänzt: " ...für die Prävention antischwuler und antilesbischer Gewalt sind mindestens DM 100.000 vorgesehen. Diese Erläuterungen sind verbindlich".</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja</p>

Änderungsanträge der Fraktionen  
im Ausschuss für Innere Verwaltung

zum Einzelplan 03

Anlage zur Vorlage 12/3207

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
03/06	SPD/Bündnis 90/Die Grü- nen	<p>Kapitel 03 610 Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen Düsseldorf</p> <p>Titel 538 00 Ausgaben für Datenverarbeitung durch Dritte - S. 404</p> <p>Senkung des Baransatzes</p> <p>von 13 650 000 DM um 150.000 DM auf 13 500 000 DM</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja</p>

Finanzministerium  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage an den  
Haushalts- und  
Finanzausschuß des Landtags  
Anlage zu Vorlagen 12/3207  
12/3212  
12/3220

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2000  
Einzelplan 03: Innenministerium

Anlage: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
<b>03 030</b>	<b>Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</b>			
643 12	Förderung des Vereins zur Förderung der Flüchtlingsarbeit in Nordrhein-Westfalen e. V. (Trägerverein des Flüchtlingsrates NRW)	400.000	100.000	500.000
684 00	Soziale Betreuung und Beratung von Flüchtlingen  Haushaltsvermerk unverändert	3.480.000	870.000	4.350.000
<b>03 110</b>	<b>Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen</b>			
536 20	Waffenwesen, sonstiges technisches Einsatzgerät	4.204.200	-200.000	4.004.200
536 40	Verkehrserziehung, kriminalpolizeiliche Beratung und Prävention antischwuler und antilesbischer Gewalt	1.603.000	-	1.603.000
<p><u>Die Erläuterungen werden wie folgt ergänzt:</u> Für die Prävention antischwuler und antilesbischer Gewalt sind mindestens 100.000 DM vorgesehen. Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p>				

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
03 610	<b>Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen</b>			
538 00	Ausgaben für Datenverarbeitung durch Dritte	13.650.000	-150.000	13.500.000
03 630	<b>Landesbeauftragte für den Datenschutz</b>			
427 10	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	-	350.000	350.000
	<b>Abschluß Einzelplan 03:</b>			
	Einnahmen	438.948.400	-	438.948.400
	Ausgaben	7.494.173.200	970.000	7.495.143.200
	Verpflichtungsermächtigungen	795.092.600	-	795.092.600